

«Neubau ist finanzierbar und er ist notwendig»

Mathias Fürst

Brickermatte Am 14. Juni stimmen die Gemeinden Altdorf und Bürglen über einen Projektplanungs- und Wettbewerbskredit von insgesamt 1,6 Millionen Franken für das Projekt Brickermatte 2030+. Dieses sieht ein gemeinsames Alters- und Pflegezentrum auf der Brickermatte vor, welches die bestehenden Heime Rosenberg und Gosmergärtä ersetzen soll. Unterschächen hat dem Kredit bereits an der Gemeindeversammlung zugestimmt, abgelehnt wurde er hingegen in der Gemeinde Spiringen. Zuletzt wurde in Altdorf und Bürglen Kritik am Vorhaben laut (das UW berichtete). Dazu äussern sich nun Claudia Gisler, Gemeindepräsidentin von Bürglen, sowie der Altdorfer Gemeindepräsident Sebastian Züst.

Nach den letzten Gemeindeversammlungen hat Unterschächen dem Projektierungs- und Wettbewerbskredit für die Brickermatte 2030+ zugestimmt, Spiringen hat ihn jedoch abgelehnt. Was heisst das nun konkret für das Projekt?

Claudia Gisler: Am eigentlichen Auftrag ändert sich nichts. Es geht in dieser Phase um die Schärfung der Machbarkeitsstudie. Wir werden die Finanzen und die Grösse noch einmal genau anschauen und die Zahlen fundiert eruieren, natürlich auch unter Berücksichtigung der neuesten Entwicklungen.

Sebastian Züst: Es wird wie geplant weitergemacht, wenn Altdorf und Bürglen dem Antrag zustimmen. Wir haben von Anfang an gesagt, dass wir auch bei einem Ausstieg von Spiringen oder Unterschächen am Projekt festhalten. Für den weiteren Fahrplan hat das Nein aus Spiringen also keine direkten Auswirkungen. Für die Gemeinde Spiringen selbst bedeutet es hingegen, dass sie nach dem Auslaufen der Leistungsvereinbarung mit dem Pflegeheim Gosmergärtä neu schauen muss, wo sie Plätze für ihre pflegebedürftige Bevölkerung erhält.

Es hat sich mittlerweile Opposition formiert. Ein Hauptargument der Gegner sind die Finanzen. Es steht eine Summe von 105 Millionen Franken im Raum – manche sprechen inklusive Land und Altbauten gar von 150 Millionen. Können wir uns das überhaupt leisten und was kommt auf die Steuerzahler zu?

Sebastian Züst: Wir sind von Anfang an transparent gewesen: Das Projekt wird Geld kosten. Es wäre falsch, etwas anderes zu behaupten. Aber man darf nicht vergessen: Die 105 Millionen Franken sind die Gesamtkosten. Auf die Gemeinden entfallen davon nach aktueller Schätzung rund 50 Millionen Franken, die aufgeteilt werden. Aber das Finanzierungsmodell muss auch noch festgelegt werden, genauso wie die Steuern fürs Heim und die Mietpreise für die Wohnungen. Wir stimmen noch nicht über den Baukredit ab, sondern benötigen einen Kredit, um der Bevölkerung Antworten auf offene Fragen zu liefern und Details zu klären. Genau, wie es die Kritiker fordern. Es ist nicht redlich, wenn die Gegnerschaft jetzt schon mit Zahlen jongliert, die noch gar nicht finalisiert sein können. Als Beispiel: Das Land wird nicht gekauft, also keine weiteren Millionen kosten, denn es wird im Baurecht vom Kanton genutzt, was



Claudia Gisler, Gemeindepräsidentin von Bürglen, und der Altdorfer Gemeindepräsident Sebastian Züst setzen sich für das Projekt Brickermatte 2030+ ein. FOTO: MATHIAS FÜRST

bereits in den Betriebskosten eingerechnet ist. Der Neubau ist finanzierbar und er ist notwendig. Das hat die Machbarkeitsstudie bestätigt.

Claudia Gisler: Die Machbarkeitsstudie hat uns diesen Kostenrahmen als Richtwert aufgezeigt. Im Rahmen der nun anstehenden Projektierung müssen wir das Investitionsvolumen und die Auslastung noch einmal ganz genau berechnen. Dazu gehört auch die Ausarbeitung eines konkreten Finanzierungsmodells, etwa über Bankkredite, was bisher in dieser Tiefe noch nicht geschehen ist. Zudem darf man nicht vergessen, dass eine moderne Infrastruktur die Pflegeabläufe massiv optimiert. Das kann helfen, die Betriebskosten zu senken.

Die Gegner fordern, dass man stattdessen die bestehenden Altersheime Rosenberg in Altdorf und Gosmergärtä in Bürglen sanieren oder ausbauen soll. Wurden diese Optionen überhaupt ernsthaft geprüft und warum wurden sie nicht weiterverfolgt?

Sebastian Züst: Im Zusammenhang mit der Machbarkeitsstudie haben die externen Fachleute auch die jetzigen Standorte einbezogen und kamen zur klaren Aussage, dass eine Sanierung die strukturellen Probleme nur teilweise löst. Die Schwierigkeiten der Verwinkelung des Gebäudes, der Hanglage und mehr blieben bestehen. Zudem wäre eine Sanierung unter dem Strich teurer als die Beteiligung am geplanten Neubau, ohne dass wir danach ein zukunftsfähiges Heim hätten. Eine Sanierung im laufenden Betrieb wäre für die Mitarbeitenden und Bewohnenden eine Zumutung. Es bräuchte also teure Provisorien, Umzüge für die betagten Mitmenschen und das Personal und Ab- oder Umbau der Provisorien. Das scheint wenig nachhaltig und ethisch fragwürdig.

Claudia Gisler: In Bürglen haben wir vor zwölf Jahren angefangen, uns intensive Gedanken über den bestehenden Standort Gosmergärtä zu machen. Es wurden vier verschiedene Varianten für eine Sanierung und Erweiterung ausgearbeitet, inklusive Kostenschätzungen von rund 52 Millionen Franken. Das Hauptproblem ist hier der Denkmalschutz: Das Eidgenössische Gutachten der Natur- und Heimatschutzkommission hat unmissverständlich aufgezeigt, dass keine

dieser Varianten ortsbildverträglich ist, da das geplante Bauvolumen das geschützte Ortsbild schwer beeinträchtigen würde. Ein Ausbauen am alten Standort ist rechtlich und planerisch gar nicht möglich. Zudem wäre eine Totalsanierung bei laufendem Betrieb für die pflegebedürftigen Bewohner eine unzumutbare Belastung.

Was passiert mit den beiden bestehenden Gebäuden, wenn der Neubau realisiert wird, und welche Kosten kommen dadurch auf die Gemeinden zu?

Sebastian Züst: Der Rosenberg bietet eine riesige Chance für die Altdorfer Dorfentwicklung. Wir wollen partizipativ mit der Bevölkerung entscheiden, wie wir es nachnutzen – sei es für Wohnraum, für touristische Zwecke oder für andere vorhandene Ideen, die der Öffentlichkeit einen Mehrwert bieten. Die Planung dafür werden wir rechtzeitig an die Hand nehmen, um auch den künftigen gesellschaftlichen Bedürfnissen gerecht zu werden.

Claudia Gisler: In Bürglen hat sich bereits eine Arbeitsgruppe unter der Leitung des Betriebsrates intensiv mit Ideen befasst. Vorgestellt wurde ein Konzept, das eine Mischung aus Wohnen – insbesondere kleinere Wohnungen für Jung und Alt sowie Generationenwohnen – und einer öffentlichen Nutzung im Erdgeschoss, wie etwa einer Gemeinschaftsküche für Familienfeste, vorsieht. Sobald der definitive Entscheid für die Brickermatte steht, werden wir die Bevölkerung zur Mitwirkung einladen und auch für das Gebäude des Gosmergärtä ein konkretes Vorprojekt ausarbeiten.

Kritiker bemängeln, dass der Projektionskredit ein verkappter Vorentscheid sei. Wenn man einmal 1,6 Millionen Franken ausgegeben hat, gibt es kein Zurück mehr. Stimmt das?

Sebastian Züst: Das ist ein spezielles Demokratieverständnis. Die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger sind mündig genug, um in einer ersten Abstimmung Ja zur Planung zu sagen und beim eigentlichen Baukredit dennoch Nein zu stimmen, falls ihnen das geplante Bauprojekt nicht passt. Der Weg, den wir gewählt haben, ist absolut seriös: Wir verlangen keinen Blankocheck für ein ungeprüftes Riesenprojekt, sondern wir benötigen das Geld, um

dem Volk ein detailliertes, ausgearbeitetes Projekt zur Abstimmung vorlegen zu können. Wenn das Volk dann Nein sagt, ist das part of the game. Also lassen Sie uns die Details seriös klären, um ein nachhaltiges Projekt vorlegen zu können.

Ein weiterer Kritikpunkt betrifft die Dimensionen. Mit rund 220 Betten wird das Projekt als «Pflegefabrik» betitelt. Hat man hier die Erfahrungen aus vergleichbaren Projekten in der Zentralschweiz zu wenig berücksichtigt?

Claudia Gisler: Wir haben uns sehr wohl vergleichbare, grössere Institutionen angeschaut, beispielsweise in Sursee. Natürlich flösst die schiere Grösse im ersten Moment Respekt ein. Aber entscheidend ist nicht die Gesamtzahl der Betten, sondern wie das Heim intern aufgeteilt wird. Es werden überschaubare, familiäre Pflegegruppen und Wohneinheiten pro Stockwerk geschaffen. Ein gutes Beispiel ist das Heim Rüttigarten in Schattdorf: Vor dem Bau gab es dort dieselben Ängste vor einem «Riesenklotz». Heute kritisiert niemand mehr die Grösse, weil das Konzept und die Lebensqualität für die Bewohner stimmen. Ich glaube nicht, dass in Schattdorf jemand zurück an den alten Standort möchte.

Sebastian Züst: Das Argument mit der «Fabrik» greift zu kurz. In den heutigen, veralteten Strukturen stossen die Mitarbeitenden an ihre Grenzen, weil die Räumlichkeiten nicht mehr zeitgemäss sind. Der Neubau ermöglicht uns ein hochmodernes Kompetenzzentrum, das viel bessere und flexiblere Pflegekonzepte zulässt. Davon profitieren die Bewohner, die Angehörigen und das Pflegepersonal gleichermaßen. Den Bedürfnissen unserer Mitmenschen – denn um die geht es – können wir in einer neuen Infrastruktur noch besser Rechnung getragen.

Derzeit läuft im Kanton die Neuorganisation «Langzeitpflege Uri», bei welcher die stationäre Pflege ab 2030 in die kantonale Trägerschaft übergehen soll. Muss man nicht erst dieses Projekt abwarten und vorantreiben, bevor man ein neues Pflegezentrum plant?

Sebastian Züst: Nein, das wäre unverantwortlich. Wir haben heute einen akuten Handlungsbedarf, der durch die demografische Entwick-

lung der nächsten Jahre noch massiv verschärft wird. Als wir mit der Planung der Brickermatte begonnen haben, war von der kantonalen Langzeitpflege noch gar keine Rede. Das kantonale Projekt kam erst später dazu und stützt unser Vorhaben explizit: Die Brickermatte wird künftig rund ein Viertel aller benötigten Pflegebetten im Kanton Uri abdecken. Wenn wir jetzt die Planung stoppen, verlieren wir wertvolle Jahre. Und sollte die kantonale Vorlage beim Volk durchfallen, stünden wir vor einem planerischen Scherbenhaufen.

Claudia Gisler: Wir haben als Gemeinden den gesetzlichen Auftrag, die stationäre Pflegeversorgung zu sichern. Es wäre absolut fahrlässig gegenüber unseren älteren Mitbürgerinnen und Mitbürgern, die Hände in den Schoß zu legen und auf den Kanton zu warten. Die Brickermatte passt perfekt in den zeitlichen Ablauf – auch im Hinblick auf eine spätere Übergabe an eine kantonale Trägerschaft. Zudem beinhaltet unser Projekt wichtige intermediäre Angebote wie Akut- und Übergangspflege oder betreutes Wohnen, die genau den Intentionen der zukünftigen Langzeitpflege entsprechen. Wir müssen jetzt handeln.

Bis das neue Pflegezentrum betriebsbereit ist, ist die demografische Welle doch schon fast vorbei. Kommt der Neubau nicht schlicht zu spät?

Sebastian Züst: Natürlich sind wir sportlich unterwegs und die Zeit drängt. Darum dürfen wir jetzt keine Zeit mehr verlieren. Wenn wir das Projekt jetzt stoppen, haben wir in einigen Jahren ein massives Versorgungsproblem. Der Höhepunkt dieser demografischen Welle wird laut den Experten zudem viel flacher wieder abfallen als ursprünglich angenommen – der Bedarf an modernen Pflegeplätzen bleibt also langfristig sehr hoch.

Um ein Fazit zu ziehen: Was ist das stärkste Argument für das Projekt Brickermatte?

Claudia Gisler: Ich glaube, das Bündeln der Ressourcen – und zwar in jeglicher Hinsicht. Es geht um finanzielle Ressourcen, aber vor allem auch um das gebündelte Know-how von Gemeinden, Heimen und Fachleuten. Wir haben die Erfahrungen von zwei Altersheimen zusammengetragen, um das Beste für die Zukunft herauszufiltern. Am Ende schaffen wir eine zeitgemässe Infrastruktur, die den veränderten Anforderungen an Pflege und Betreuung absolut gerecht wird. Es wird ein Projekt mit hoher Lebensqualität und Sicherheit für die Bewohnenden.

Sebastian Züst: Dem kann ich mich nur anschliessen. Das Projekt ist aus ökonomischer und menschlicher Sicht das Beste. Wir schaffen attraktive Arbeitsplätze für das Pflegepersonal und sichern eine zukunfts-trächtige, würdevolle Pflege für unsere älteren Mitmenschen. Letztendlich geht es bei der Diskussion nicht nur um die reine Kostenfrage oder Wirtschaftlichkeit. Wir als Gesellschaft müssen uns die moralisch-ethische Frage stellen, was uns die Pflege unserer Eltern, Grosseltern oder Freunden wert ist. Das Vorhaben wird Geld kosten, aber es ist jeden Franken wert, weil es eine direkte Investition in mehrere Generationen ist.